



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration  
am 17. März 2009  
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :** Claudia Spruch (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder: siehe Anlage 1  
Ferner anwesend: siehe Anlage 2  
Tagesordnung: siehe Anlage 3  
Veröffentlichung: siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 17:00 Uhr** **Ende: 18:00 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 07/09, 08/09, 10/09 (Drucksachenband 135)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

## öffentliche Sitzung

### 0017 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

### 0018 Genehmigung der Niederschrift

Auf Anfrage der Linken Liste wird die Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 03.02.2009 bis zur Sitzung des Ausschusses am 05.05.2009 zurückgestellt.

Einstimmig

### 0019 09-F-25-0026

Leitfaden zur Bilingualität  
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 09.03.2009 -

Stv. Karpidou begründet den Antrag.

Stv. Schickel teilt mit, dass seine Fraktion den Antrag unterstützt, da die SPD immer schon die Meinung vertreten hätte, dass man Bilingualität unterstützen müsse.

Stv. Coigné fragt nach, wo man die Information her hätte, dass eine Förderung in der Regel erst zwischen dem 3. und 4. Lebensjahr erfolgt. Außerdem möchte sie wissen, wer den Leitfaden entwickeln soll.

Stv. Karpidou verweist auf zahlreiche Studien, die über das Internet zugänglich sind. Der Leitfaden wird von Seiten des Magistrats erstellt. Der Leitfaden wird auf jeden Fall im Ausschuss vorgestellt.

Frau Stadträtin Zeimetz-Lorz und Herr Burgmeister sind zu diesem Thema anwesend und berichten, dass bereits unter Stadtrat Grella ein Flyer zu diesem Thema entwickelt wurde.

Lt. Herrn Burgmeister wurde das Anliegen bereits 2007 aufgegriffen und ein Leitfaden für Eltern aufgrund einer Initiative des Amtes für Soziale Arbeit und des Einwohner- und Integrationsamtes in Zusammenarbeit mit Frau Prof. Dr. Haller (Frankfurt) entwickelt. Der Leitfaden wurde im Rathaus vorgestellt. Den Eltern wurden Standards angeboten, es sollten Zweifel ausgeräumt und die Eltern unterstützt werden, die Sprache ihres Herzens zu sprechen - Kinder verkräften sehr wohl verschiedene Sprachen. Die Vorteile sind erwiesen - Kinder erlernen mehrere Sprachen im Alltag „nebenbei“.

In der aktuellen Initiative „Mama lernt Deutsch“ sind diese Erkenntnisse auch mit eingebaut worden. Im Moment ist das Amt dabei, muttersprachliche Lotsen auszubilden. Für Mai / Juni 2009 sind die ersten Einsätze der Lotsen geplant.

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 17. März 2009**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

In Kindertagesstätten, beim Gesundheitsamt, in Gemeinschaftszentren usw. soll Bilingualität Thema sein und Eltern sollen nachfragen können. Das Erlernen der Muttersprache ist wichtige Voraussetzung.

Stv. Spallek bedankt sich für die Information. Mit dem Antrag soll aber auch der schon bestehende Info-Flyer ergänzt werden.

Auf Nachfrage von Stv. Schickel, ob denn die Sprachen, in die der Flyer übersetzt wurde ausreichen erklärt Herr Burgmeier, dass es sehr viele verschiedene Sprachen z. B. im Arabischen gibt (hoch arabisch, berberisch usw.). Er bittet aber inständig darum, das Angebot nicht auszuweiten, da die „Grundsprachen“ abgedeckt seien.

Der Flyer ist erst 2007 erschienen und soll in kurzer Form über die grundsätzlichen Punkte in Bezug auf Bilingualität informieren und sollte vor allem nicht mit Detailinformationen überfrachtet werden. Es sollte aber z. B. ein Hinweis zu den neu einzuführenden Lotsen in einer Neuauflage des Flyers geben.

Stv. Coigné fragt nach, ob im Flyer nicht auch ein Hinweis zu städt. Logopäden aufgenommen werden könne. Außerdem gäbe es die These, dass nur jemand, der seine Herkunftssprache beherrscht eine 2. Sprache erlernen kann. Vielleicht wäre auch eine Ausweitung beim Verteilen des Flyers auf die Grundschulen möglich.

Stv. Spallek stellt klar, dass es nicht sinnvoll ist, die Verwaltung mit unnötiger Arbeit zu überfrachten und stellt den Antrag, den Antrag als durch Erfüllung für erledigt zu erklären.

Stv. Manjura fragt nach, ob die Broschüre auch bei Kinderärzten ausgelegt werden kann und bittet darum, den Ausschuss in ca. 6 bis 9 Monaten über den Einsatz der Lotsen und die überarbeitete Broschüre zu informieren.

Herr Burgmeier erklärt, dass die Schulung der Lotsen auch an Schulen stattfinden soll. Das Empfangsfenster ist aber bei Kindern im Kindergartenalter am größten. Die Anregung, die Broschüre auch bei Kinderärzten auszulegen, nimmt er gerne auf, zumal in naher Zukunft auch Lesestartsets bei den Kinderärzten ausgelegt werden sollen. Der Ausländerbeirat und Ausländische Vereine werden auch mit Informationsmaterial bedacht.

Der Sachstandsbericht wird im Herbst 2009 erfolgen, wobei der angestrebte Termin mit der Geschäftsstelle rückgekoppelt werden soll.

Einstimmig

**0020            09-F-01-0025**

Wahlen zum Europäischen Parlament / Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger aus den Staaten der Europäischen Union  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 10.03.2009 -

Stv. Schickel begründet den Antrag.

Herr Wolf (Einwohner- und Integrationsamt) ist zu diesem Thema anwesend und berichtet, dass es seit 1993 vorgeschrieben ist, in geeigneter Form über die Wahlen zum Europaparlament zu informie

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 17. März 2009**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

ren und seit 1999 alle EU-Bürger/innen angeschrieben werden. Bis 2004 wurden alle EU-Bürger/innen in ihrer Landessprache angeschrieben. Daraufhin gab es einen bösen Brief der Belgischen Botschaft, weil die Belgischen Staatsangehörigen in Französisch angesprochen wurden.

Die Flyer für die 2009 anstehende Wahl sind vorbereitet und werden mit entsprechenden Anschreiben an die EU-Angehörigen zugestellt. 17.000 Personen kommen für die Aktion in Frage. Alle Personen, die 1999 schon angeschrieben wurden und einen entsprechenden Antrag gestellt haben, werden nicht mehr erneut angeschrieben, da der Antrag aus 99 weiterhin gilt. Diese Personen bekommen aber eine Wahlbenachrichtigung.

1999 wurden 15.000 Personen angeschrieben

es gab 68 Anträge

2004 wurden 20.000 Personen angeschrieben

es gab 225 Anträge

Die Anträge stehen seit 01/09 im Internet und in den Amtl. Bekanntmachungen.

Stv. Schickel bedankt sich für den Bericht und erklärt den Antrag als durch Aussprache für erledigt.

Einstimmig

**0021 09-F-01-0032**

Bürgerhaushalt / Information durch die Landeshauptstadt Wiesbaden  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 11.03.2009 -

Stv. Manjura berichtet, dass es noch keinen weiteren Termin der Arbeitsgruppe gäbe. Man habe sich mit Stv. Spallek geeinigt, nicht ohne die Finanzpolitiker tätig zu werden.

Stv. Spallek geht davon aus, dass das Amt der Stadtverordnetenversammlung zeitnah zu einem Termin einladen wird.

Stv. Schickel ist auch enttäuscht, dass es noch keinen weiteren Termin gibt und hält den Bürgerhaushalt für eine große Sache. Er hat aber Befürchtungen, dass das Ganze verpufft, wenn die Umsetzung nicht bald und richtig angegangen wird.

Frau Heim (Kämmerei) berichtet, dass man wegen der Haushaltsplanberatungen ein enges Zeitkorsett habe. Man befinde sich im Moment in einer Übergangsphase. Der Beschluss sei ja erst im Dezember gefasst worden. Sie berichtet weiter, dass über alle Punkte in der Arbeitsgruppe gesprochen wurde und z. B. eine Information nicht nur über das Internet, sondern auch über Broschüren in den Ortsverwaltungen informiert wird und evtl. auch eine Telefonabstimmung stattfindet. Das Bürgerbüro wird eher nicht mit einbezogen, weil die ganze Angelegenheit eher ortsbezirksbezogen ist.

Der Antrag ist durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache erledigt. Das Amt der Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, den Antrag der Arbeitsgruppe zur Kenntnis zu bringen.

Einstimmig

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 17. März 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0022 09-V-33-0002

Integrationskonferenz 2009

Einstimmig

0023 09-V-30-0001

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Mainz-Kostheim

Einstimmig

0024 09-V-30-0002

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Wiesbaden-Klarenthal.

Einstimmig

0025 09-V-30-0003

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden-Schierstein

Einstimmig

0026 09-V-30-0004

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsvorsitzenden für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden- Dotzheim

Einstimmig

0027 Verschiedenes

Einstimmig

0028 09-A-21-0002

Ludwig-Beck-Preis

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 17. März 2009

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Stv. Schickel berichtet über einen Zeitungsartikel in der FAZ, nach dem der Ludwig-Beck-Preis angeblich gestrichen worden ist. Man habe in der Vergangenheit einen lebhaften Dialog über die Einführung des Preises gehabt und sei auch nicht glücklich über die Bezeichnung des Preises gewesen, da es sich nicht unbedingt um die passende Bezeichnung für einen Preis für Zivilcourage handeln würde.

Er gibt zu Protokoll, dass man über die Presse von der Vorgehensweise erfahren musste. Wenn der Preis ganz wegfiel, sei das sehr bedauerlich. Nur weil es vielleicht keine Meldung für dieses Jahr gäbe, könne doch nicht der Preis als solcher völlig wegfallen.

Stv. Spallek bittet den Magistrat, in der nächsten Sitzung des Ausschusses (05.05.09) über die Entwicklungen zum Ludwig-Beck-Preis zu berichten.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden,                      .04.2009

**Vorsitzende**

**Schriftführerin**

**Weitere Schriftführerin**

Spruch

Karipidou

Koba